

## Die Politisierung europäischer Identität in der Euro-Schuldenkrise

Dennis Lichtenstein, Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf

Kontakt: dennis.lichtenstein@phil.uni-duesseldorf.de

Die derzeitige **Euro-Schuldenkrise** wird in diesem Beitrag in Bezug auf die Frage nach einer europäischen Identität diskutiert. Die Krise wird dabei **nicht allein als Bedrohung** für den Integrationsprozess verstanden, wie es gerade die Medienberichterstattung häufig nahelegt, wie es aber auch die Politik oft suggeriert – nach dem Prinzip: „Scheitert der Euro, scheitert Europa“. Stattdessen bietet die Krise auch eine ungewöhnliche **Chance** für den Integrationsprozess, die in einer grundlegenden **Politisierung der EU** besteht. Also im öffentlichen Streit über ihre Gestaltung und darüber, was es heißt, Teil der EU zu sein. Die Politisierung der EU eröffnet die Möglichkeit, die Bürger näher an die EU zu binden und ihr oft beklagtes Identitätsdefizit zu mildern.

Europäische Identität ist eine kollektive oder Gruppen-Identität, unter der sich einander persönlich nicht bekannte Individuen in einer Art **vorgestellten Gemeinschaft** als zusammengehörig begreifen. Sie ist nichts Naturgegebenes oder durch die EU-Staatsbürgerschaft Determiniertes, sondern eine **soziale Konstruktion**. Sie formiert und verändert sich in öffentlichen Kommunikationsprozessen, für die im Wesentlichen die **Massenmedien** eine Plattform mit großer Reichweite bereitstellen. Im medial getragenen öffentlichen Diskurs treffen verschiedene Akteure aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sowie nicht zuletzt die Journalisten aufeinander. In der Diskussion um europäische Themen verhandeln sie europäische Identität. Sie stellen Thesen über die EU auf, reagieren aufeinander und manche Sichtweisen zur EU setzen sich in diesem Prozess durch.

Europäische Identität beinhaltet **zwei Dimensionen**. Die **erste Dimension** bezieht sich auf die **Zugehörigkeit** der Individuen zur EU, ihre kognitive Wahrnehmung der Gruppenmitgliedschaft und ihre Unterstützung der Gruppe. Diese Zugehörigkeiten sind eine **entscheidende Ressource**, wenn im Namen Europas Solidaritäten eingefordert werden oder auch einmal unliebsame Entscheidungen akzeptiert werden müssen. Umgekehrt stellen Zugehörigkeitsdefizite eine **Zeitbombe** für den Integrationsprozess dar. Sie machen es wahrscheinlicher, dass die Bürger gegen das europäische Projekt Stellung beziehen. Entsprechende Eskalationen sind in Griechenland, Italien und Spanien in den zum Teil gewaltsamen Protesten gegen die von der EU verordneten Sparpolitiken aufgetreten. Und auch in den wirtschaftlich stabileren Ländern ist die Unterstützung für die EU in der Krise gesunken. Neben den Zugehörigkeiten bezieht sich die **zweite Dimension** von Identität auf die **Inhalte**, die mit der EU verbunden werden. Zugehörigkeiten existieren nur kontextuell. Dabei macht es für die Stärke der Zugehörigkeiten einen Unterschied, ob die EU eher als ein großer gemeinsamer Markt, als ein loser politischer Verbund von Staaten, als ein stark integrierter Bundesstaat oder als eine politische Wertegemeinschaft zur Wahrung von Demokratie und Menschenrechten begriffen wird.

Im öffentlichen Diskurs stehen verschiedene europäische Identitäten in Konkurrenz zueinander. Wie die Forschung gezeigt hat, **variieren** sowohl die inhaltlichen Deutungen der EU als auch die damit verbundenen Zugehörigkeiten vor allem **zwischen den Ländern**. Nach Bevölkerungsbefragungen fühlen sich die Bürger in Deutschland und Frankreich vergleichsweise stark der EU zugehörig, in Großbritannien vergleichsweise schwach. Zieht man Analysen der Mediendiskurse hinzu, so wird deutlich, dass Zugehörigkeit in der deutschen Öffentlichkeit vor allem über die EU als eine politische Wertegemeinschaft konstruiert wird, in Frankreich über die EU als politisch stark integrierte Gemeinschaft und in Großbritannien eher über die EU als ein großer Markt. Es ist also weniger sinnvoll von einer einheitlichen europäischen Identität zu sprechen als vielmehr von **nationalen Konstruktionen europäischer Identität**. Das liegt größtenteils daran, dass die Aushandlungsprozesse über europäische Identität vor allem innerhalb der nationalen Medienöffentlichkeiten stattfinden und weniger in gesamteuropäischen Diskursen. Auf diese Weise werden europäische Themen vor allem in Hinblick auf die eigene Nation betrachtet und vor dem Hintergrund der eigenen historischen Erfahrungen und nationalen Kultur interpretiert. Nationale und europäische Identität interagieren in jedem Land auf je eigene Weise. Der Politologe Thomas Risse hat in diesem Zusammenhang das Bild vom **Marmorkuchen** entworfen, in dem verschiedene Identitäten – nationale und europäische – in jedem Land ein eigenes Gemisch eingehen.

Die Deutungsunterschiede zwischen den Ländern implizieren, dass sich die Länder aus unterschiedlichen Gründen der EU zugehörig fühlen. Das mag zu **politischen Konflikten** führen, die aber verhandelt werden können, solange die grundsätzliche Unterstützung der EU vorhanden ist. Ist die Unterstützung schwach ausgeprägt, dann drohen auch die politischen Verhandlungen über die Gestaltung der EU zu scheitern – so hat sich Großbritannien, wo die Unterstützung der EU eher schwach ausgeprägt ist, den Verhandlungen um den Fiskalpakt und damit der Umdeutung der EU in eine wirtschaftspolitische Gemeinschaft verweigert. In den meisten anderen Ländern sind die Zugehörigkeiten hingegen stark genug, um sich **auf Verhandlungen der jeweils bestehenden Deutungen einzulassen**.

**Problematischer** als die Identitätsunterschiede zwischen den Ländern ist aber, dass die europäische Identität in den einzelnen Ländern anders als die nationale Identität **über die Zeit und in verschiedenen Kontexten eine eher hohe Varianz aufweist**. Es liegen zwar nationale Interpretationen der EU vor, sowohl die Zugehörigkeiten als auch die Deutungen der EU sind aber alles andere als stabil und belastbar. Es haben sich **keine Gewissheiten** verfestigt. Dies mag auch auf die sporadisch unternommenen Erweiterungen und Vertiefungen der EU zurückzuführen sein, die aus der EU eine schwer festzulegende Gemeinschaft in ständiger Bewegung machen. Schwerwiegender dürfte jedoch sein, dass die Relevanz der europäischen Zusammengehörigkeit und des europäischen Regierens in der Lebenswelt der Bevölkerung nur begrenzt wahrnehmbar wird. Sie kommt in den Medien ungenügend zum Vorschein und das hat unter anderem damit zu tun, dass sie von der Politik zu selten öffentlich diskutiert wird. Die EU ist **kein politisches Streitthema**. Zu einzelnen EU-Politiken haben die Parteien fallweise abweichende Meinungen. Aber über die Gestaltung der EU herrscht gerade zwischen den großen Parteien in der Regel ein Konsens vor. Und der **wirkt sich betäubend auf mediale und gesellschaftliche Debatten aus**, in denen sich Inhalte europäischer Identität und Zugehörigkeiten zur EU schärfen könnten. Auf diese Weise bleiben in der Bevölkerung Unsicherheiten darüber bestehen, was die EU eigentlich ist und für welche Inhalte sie steht. Die in Befragungen gemessenen Zugehörigkeitsbekundungen entsprechen dann eher spontanen Reaktionen als belastbaren Überzeugungen.

Mit der **Euro-Schuldenkrise** endet das große Schweigen über die EU. Die realen und möglichen Auswirkungen der Krise auf die Lebenswelt der Bürger sorgen dafür, dass die EU öffentlich diskutiert wird

und sich politische Debatten auf Ebene der Massenmedien entwickeln. EU-Gipfel finden eine deutlich erhöhte Aufmerksamkeit, die Folgen von europäischen Entscheidungen werden reflektiert und vor allem dringende Konflikte zwischen den Ländern aber auch zwischen nationalen Politikern in die Medien. Es werden sogar eher sperrige Fragen wie die Postenbesetzung in den Institutionen debattiert, etwa der Vorsitz der Eurogruppe. Europa bekommt auf einmal **Nachrichtenwert**. Und zwar nicht nur in den Qualitätszeitungen, sondern auch in Talkshows und in Boulevardmedien. Bei den Bürgern ermöglicht dies **Prozesse der Meinungsbildung** und macht ihnen die **eigene Zugehörigkeit zur EU bewusst**. Darüber hinaus werden auch die **anderen EU-Länder** nun auf einmal wesentlich stärker beobachtet. Es wird öffentlich deutlich gemacht, dass Wahlen und Wirtschaftsvorgänge in anderen EU-Ländern Relevanz für das gemeinsame europäische Projekt und für das eigene Land haben. Neben dem Bewusstsein für die Zugehörigkeit zur EU wird damit auch ein Bewusstsein für **gegenseitige Verstrickungen und Abhängigkeiten** geschaffen. Die EU wird nun als **Schicksalsgemeinschaft** erkannt. Das ist die gute Nachricht in der Krise.

Die öffentliche Enttarnung des Phantoms Europa als Schicksalsgemeinschaft **mobilisiert allerdings nicht nur Unterstützung für die EU, sondern löst auch Ängste und Fluchtbewegungen aus**. Es stehen verschiedene Deutungen der EU und der Krise zur Disposition, die entweder eine europäische oder eine nationale Perspektive nahelegen. Eine europäische Perspektive bedeutet, die Zugehörigkeit zur EU nicht nur wahrzunehmen, sondern auch zu bejahen. Die Krise muss als gemeinsames Problem behandelt werden, das eine gemeinsame für alle Mitglieder verträgliche Lösung erfordert. In einer **nationalen Perspektive** hingegen wird die Zugehörigkeit zur EU zwar kognitiv wahrgenommen, aber sie wird nicht affektiv befürwortet. Stattdessen erscheinen die EU und die Verbundenheit mit den anderen Mitgliedsländern eher als Bedrohung. Dies geschieht, wenn sich im Diskurs Deutungen durchsetzen, die Ängste erzeugen und das gegenseitige Vertrauen mindern. Was folgt ist der Rückzug in die nationale Zugehörigkeit, die Rettung der eigenen Haut steht hier an erster Stelle. Welche Perspektiven sind also im Diskurs vertreten und mit welchen Deutungen der EU und der Krise sind sie verbunden?

Die Einnahme einer **nationalen Perspektive** ist im öffentlichen Diskurs an vielen Stellen sichtbar. Sie erhält vor allem dadurch Einzug, dass die Deutungen der EU als eine **Zweckgemeinschaft mit ökonomischen Vorteilen für alle Länder und als Garant für Wohlstand und Wachstum** ins Wanken geraten sind. In der **deutschen Öffentlichkeit** kursieren die Schlagworte „Pleite-Griechen“ oder „Betrüger in der Eurofamilie“. Damit geht die **Deutung der EU als eine Umverteilungsgemeinschaft zu Lasten Deutschlands** einher. Das resultiert im günstigsten Fall in der Forderung, die Krisenländer von der gemeinsamen Währung auszuschließen und sich der Bedrohung damit zu entledigen. Bei immer höheren Summen für die Rettungsschirme und der Vorstellung, mittlerweile lebe halb Europa auf Kosten Deutschlands, kann die Zugehörigkeit zur EU aber auch gänzlich abgelehnt werden. Auch **in den Krisenländern** gibt es Stimmen, die sich gegen die Einmischung der EU in die nationalen Finanzpolitiken und dabei speziell gegen die Dominanz Deutschlands zur Wehr setzen. Die **Deutung der EU als eine hierarchische Gemeinschaft mit ungleichen Machtverhältnissen zwischen den Staaten** ist ebenfalls kaum geeignet, Zugehörigkeiten zu generieren. Sie erschüttert auch das Vertrauen zwischen den EU-Ländern. Daher ist es vielleicht kein Zufall, dass in Dänemark, Finnland, aber zuletzt auch in Frankreich das Schengen-Abkommen, das nun gerade auf den Prinzipien Gegenseitigkeit und Vertrauen basiert, ins Wanken geraten ist. Setzen sich in der Krise die nationalen Deutungen der EU durch, hat die Formulierung von Bundeskanzlerin Angela Merkel durchaus Gültigkeit: „Scheitert der Euro – dann scheitert Europa“.

Die nationale Perspektive wird von einer Vielzahl an Akteuren angelegt; unter anderem auch von Wirtschaftsexperten, die den Euro als eine ökonomische Fehlkonstruktion kennzeichnen. Von der Politik –

speziell von den großen Parteien der politischen Mitte – wird sie jedoch weniger getragen. Hier ist eher eine europäische Perspektive erkennbar, in der die EU vor allem als **Verantwortungsgemeinschaft** beschrieben wird. Anstelle einer Abkehr von der EU, dem Euro oder einzelnen Ländern wird hier die Bereitschaft zu Solidarität und die Notwendigkeit einer Stabilisierung bekundet. Das geschieht häufig vor der Kontrastfolie von Katastrophenszenarien: Wenn Griechenland fällt, sind auch andere Länder nicht mehr zu halten; das Ende des Euros bedeutet das Ende der EU; wenn Europa scheitert, sind auch neue Kriege nicht ausgeschlossen. Das Festhalten an Europa erscheint hier als das kleinere Übel – dabei schwingen Deutungen einer **fehlerhaft konstruierten EU** oder gar einer **eigentlich gescheiterten Gemeinschaft** unweigerlich mit. Starke Zugehörigkeiten sind damit jedenfalls nicht verbunden.

Eine europäische Perspektive lässt sich aber auch einnehmen, ohne ein Scheitern Europas in den Vordergrund zu stellen. Stattdessen lassen sich seine Verdienste hervorheben – insbesondere durch die Deutung der EU als **Friedensprojekt und als Garant für Demokratie und Menschenrechte**. Beispiele für diese Sichtweise bieten die Rede von Helmut Schmidt auf dem SPD-Parteitag im Dezember 2011 oder auch die Antrittsrede von Joachim Gauck sowie die Ansprache Wolfgang Schäubles anlässlich der Verleihung des Karlspreises. Darüber hinaus haben auch andere Politiker unter Verweis auf die Erfolge des europäischen Projekts öffentlich zur EU Stellung genommen z.B. in Gastbeiträgen in großen Zeitungen. Auch viele Journalisten teilen in ihren Kommentaren und Leitartikeln diese Perspektive. Bei all diesen Beiträgen handelt es sich um Appelle an die Bevölkerung und Ermutigungen zur EU.

Um die Bürger trotz der Bedrohungen der Krise für die EU zu gewinnen, ist es auch absolut notwendig, für positive Sichtweise auf die EU zu werben. Eine drastische Sparpolitik, Solidarleistungen und das Risiko mehr Integration können schließlich nicht gegen, sondern nur **in Überzeugung der Bürger** durchgesetzt werden. Allerdings finden die Appelle begrenzt auf die großen Qualitätszeitungen statt, in denen sie die breite Bevölkerung weniger gut erreichen. Besser gelänge dies über eine Ausweitung der Beiträge z.B. auch auf die Boulevardzeitungen, in denen aber häufiger die nationale Perspektive angelegt wird. Zudem sind die Appelle allein nicht ausreichend. Die Ängste, die mit der nationalen Perspektive verbunden sind, haben im öffentlichen Streit ein stärkeres Potential als historische Errungenschaften. Die Unterstützung der Bevölkerung zur EU wird nur dann gestärkt, wenn diese nicht nur als ideell wertvoll, sondern außerdem als zukunftsfähiges Projekt wahrgenommen wird. Es muss deutlich werden, dass sich die EU in der Krise verändert und die Integration nach einer Phase, die von den zähen Verhandlungen und Ratifikationsprozessen zum Verfassungsvertrag und zum Lissabonvertrag geprägt war, wieder Fortschritte macht. Entsprechende Beiträge tauchen im Diskurs auf und werden in den Medien zunehmend intensiv diskutiert: Welche institutionelle Verfasstheit der EU ist notwendig? Brauchen wir z.B. den Fiskalpakt, Eurobonds oder eine gemeinsame Wirtschaftsregierung? Der Vorschlag von Guido Westerwelle, die Idee einer europäischen Verfassung mitten in der Krise wiederzubeleben, mag an dieser Stelle zu weit greifen – wesentlich ist jedoch, dass ein Reformierungsprozess öffentlich wahrnehmbar wird. Während die Errichtung Europas jahrzehntelang weitgehend unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattgefunden hat, ist die **Reformierung der EU in der Krise nun öffentlich sichtbar** und kann von der breiten Bevölkerung diskutiert werden.

Für die Zugehörigkeit der Bürger ist es ein wichtiger Schritt, dass diese als Zuschauer am politischen Streit über die Gestaltung der EU teilhaben und sich Meinungen bilden können. Mit der gestiegenen Aufmerksamkeit für die EU und der Erkenntnis, dass die EU eine Rolle im eigenen Leben spielt, wird die Unterstützung der Bevölkerung künftig aber auch davon abhängen, wie sie ihren eigenen Einfluss auf die EU-Politik erlebt. Hier hat sich im bisherigen Krisenmanagement eher das Bild von der EU als reines Elitenprojekt mit wenig Mitspracherecht für die Bevölkerung durchgesetzt. Einige Handlungen der Politik haben sogar das

Bild entstehen lassen, die Volkssouveränität würde eher als Belastung und Gefahr für die Europapolitik verstanden werden. Dem entspricht das blanke Entsetzen, mit dem die nationalen Regierungen auf das im November vorübergehend angesetzte Referendum in Griechenland sowie kürzlich auch auf die dortigen Wahlergebnisse reagiert haben. Dazu passen aber auch der ungewöhnlich intensive Einsatz von Angela Merkel im französischen Präsidentschaftswahlkampf sowie die Einführung von Expertenregierungen in einigen Ländern. Die Deutung der EU als eine demokratische Gemeinschaft hat hierdurch Schaden genommen.

Das Bild der EU als bürgerferne Gemeinschaft muss im weiteren Reformprozess unbedingt korrigiert werden. Dies kann durch eine stärkere aktive Integration der Bürger jenseits ihrer Rolle als Zuschauer des politischen Streits geschehen. Entsprechend konstruktiv hat sich Wolfgang Schäuble letzte Woche bei der Verleihung des Karlspreises geäußert. Ausweitungen der Rechte des Parlaments und eine Direktwahl des Kommissionspräsidenten sind Wege, die eine stärkere Bindung der Bürger an die EU bewirken können. Ziel führend können auch Online-Portale von Parteien sein, in denen die Bürger sich zur EU äußern und selbst Vorschläge unterbreiten können. Bei den Grünen findet sich eine solche Einrichtung. Auf diese Weise können die Bürger nicht nur entscheiden, ob sie sich einer europäischen Gemeinschaft anschließen möchten, wie sie ihnen von der Politik angeboten wird, sondern sie können selbst einen Beitrag dazu leisten, das von ihnen bevorzugte Europa mit zu konstruieren.